

**EUROPAWEITE AUSSCHREIBUNG DER**

**AOK PLUS – Die Gesundheitskasse  
für Sachsen und Thüringen.**

## **Ausschreibung**

**Rahmenvereinbarung  
„Erbringung selbständiger Dienstleistungen  
durch freie Mitarbeiter“**

***Vergabenummer 40/2026***

**B e w e r b u n g s b e d i n g u n g e n**

---

## **INHALTSVERZEICHNIS**

<b>A BEDINGUNGEN DES VERGABEVERFAHRENS .....</b>	<b>3</b>
I. Gegenstand des Vergabeverfahrens .....	3
II. Rahmenbedingungen der Ausschreibung .....	5
III. Verfahren .....	9
IV. Angebotsauswertung .....	22
<b>B EIGNUNGSNACHWEISE.....</b>	<b>29</b>
I. Nachweise .....	29
II. Form.....	31
III. Folge bei Nichtvorlage der geforderten Nachweise .....	32
<b>C VERTRAGSINHALT UND VERTRAGSBEDINGUNGEN.....</b>	<b>33</b>
I. Art und Umfang.....	33
II. Weitere Vertragsbedingungen .....	33
<b>D ANLAGENVERZEICHNIS.....</b>	<b>34</b>

## A Bedingungen des Vergabeverfahrens

### I. Gegenstand des Vergabeverfahrens

1. Gegenstand des vorliegenden offenen Verfahrens ist die Erbringung von selbständigen Dienstleistungen durch den Einsatz freier Mitarbeiter mit spezifischen Kenntnissen sowie damit verbundene Nebenleistungen, insbesondere die Auswahl und Bereitstellung geeigneter freier Mitarbeiter für die AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen. Sofern ausreichend geeignete Angebote eingehen, werden für jedes Los Rahmenvereinbarungen mit zwei Bietern geschlossen.

Eine detaillierte Leistungsbeschreibung ist den Bewerbungsbedingungen als **Anlage 1** beigefügt. Die mit den Bietern abzuschließenden Rahmenvereinbarungen (**Anlage 2**) regeln die zu erbringenden Leistungen, die Vergütung sowie die Verteilung der Aufträge unter den zwei Bietern.

2. Es handelt sich um eine Ausschreibung der AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen (nachfolgend „Auftraggeberin“ genannt) in eigenem Namen.
3. Der Auftrag wird in 5 Losen vergeben:

Los 1:	Gesundheit
Los 2:	IT-Service-Management, Security & Workplace
Los 3:	Data, KI & Analytics
Los 4:	Software Engineering, Architektur & Plattformen
Los 5:	Wertschöpfung und Kundenzentrierung

Jeder Bieter kann ein Angebot für ein, mehrere oder alle Lose abgeben. Eine Loslimitierung ist nicht vorgesehen.

Da die Angebotsauswertung für jedes Los gesondert erfolgt, dürfen die Angebote für mehrere oder alle Lose nicht unter dem Vorbehalt einer gemeinsamen Vergabe dieser Lose abgegeben werden. Ein solcher Angebotsvorbehalt ist unzulässig und führt zum Ausschluss aller von dem Vorbehalt erfassten Angebote.

#### 4. Auswahlverfahren

Die Ausschreibung zur Vergabe der Rahmenvereinbarungen erfolgt bezogen auf Themenfelder, zu deren Bearbeitung bestimmte Kompetenzen bzw. Qualifikationen erforderlich sind.

Die Zuschlagserteilung erfolgt für jedes Los, welchem Themenfelder zugeordnet sind, gesondert, d.h. für jedes Los wird eine eigene Rahmenvereinbarung gemäß **Anlage 2** geschlossen. Erhält ein Bieter Zuschläge auf mehrere von ihm angebotene Lose, werden diese in einer Rahmenvereinbarung zusammengefasst. Sofern ausreichend geeignete Angebote eingehen, werden pro Los Rahmenvereinbarungen mit zwei Bietern geschlossen.

#### 5. Vergabe der Einzelaufträge

Die Vergabe der Einzelaufträge unter den zwei Bietern, mit denen im jeweiligen Los eine Rahmenvereinbarung geschlossen wurde, erfolgt ohne erneutes Vergabeverfahren im Direktabruf nach dem sogenannten Kaskadenverfahren.

Die weiteren Einzelheiten sind der den Bewerbungsbedingungen als **Anlage 1** beigefügten Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

6. Die Rahmenvereinbarung wird mit dem Zuschlag wirksam. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt am 15.11.2026 und endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, zum 14.11.2030. Die Rahmenvereinbarung kann ohne das Vorliegen von Gründen von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende, erstmals jedoch zum 31.10.2027, gekündigt werden. Wird die ordentliche Kündigung durch die Auftraggeberin erklärt, wird diese sämtlichen Partnern des Rahmenvertrages im betroffenen Los kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt hiervon unberührt.

Bei Verzögerungen des Vergabeverfahrens gleich aus welchem Grund kann die Auftraggeberin den Vertragszeitraum entsprechend verschieben.

7. Soweit im Rahmen der Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen im Maskulinum erfolgen, wird diese Form der besseren Lesbarkeit halber verallgemeinernd und wertungsfrei verwendet und bezieht sich auf beide Geschlechter (Generisches Maskulinum). Darüber hinaus wird der vereinfachten Lesbarkeit halber bei Erklärungen des Bieters davon ausgegangen, dass in der Form der Personenmehrheit („Wir bieten...“) auch Einzelunternehmer erfasst werden.
8. Wenn im Folgenden von Bietern die Rede ist, sind Bietergemeinschaften ebenfalls gemeint, es sei denn, Unterschiede zwischen Bietern und Bietergemeinschaften werden ausdrücklich angesprochen.

## **II. Rahmenbedingungen der Ausschreibung**

### **1. Auftraggeberin**

Auftraggeberin ist die:

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden,  
Herrn Dr. Stefan Knupfer  
Sternplatz 7  
01067 Dresden

### **2. Abrufberechtigte**

Daneben sind die nachfolgend aufgeführten Abrufberechtigten berechtigt, die Leistungen, die Gegenstand des Vergabeverfahrens sind, ab Zuschlagserteilung nach dem vorgesehenen Verfahren zur Vergabe von Einzelaufträgen abrufen bzw. beauftragen zu können:

AOK PLUS service GmbH

Sternplatz 7

01067 Dresden

**(für die Lose 1 bis 5)**

kubus IT – Arbeitsgemeinschaft von Körperschaften des  
öffentlichen Rechts eGbR

c/o AOK Bayern – Die Gesundheitskasse

Friedrich-Puchta-Straße 27

95444 Bayreuth

**(für die Lose 2 bis 4)**

Im Falle des Abrufs kommt es zu einem eigenständigen bilateralen Vertragsabschluss zwischen dem Auftragnehmer und den Abrufberechtigten, wobei die Bedingungen der Rahmenvereinbarung nebst aller Anlagen für die Abrufberechtigten entsprechend gelten. Der Abruf wird für die Abrufberechtigten durch die AOK PLUS durchgeführt, sofern nichts anderes vereinbart ist.

Die Abrufberechtigten sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, ihren Bedarf aus der Rahmenvereinbarung dieser Ausschreibung zu decken (keine Exklusivität). Eine Mindestabnahmemenge ist für die Abrufberechtigten ebenfalls nicht geschuldet bzw. nicht vereinbart.

Die Abrufberechtigten können zudem jeweils einzeln jederzeit das Abrufrecht gegenüber dem Auftragnehmer zurückweisen. In diesem Fall erlischt das jeweilige Abrufrecht.

Eine gesamtschuldnerische Haftung der Abrufberechtigten und der Auftraggeberin gegenüber dem zukünftigen Auftragnehmer wird nicht vereinbart.

### **3. Ansprechpartner**

Ansprechpartner im Vergabeverfahren ist:

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen  
Geschäftsbereich Unternehmenssicherheit  
Vergabestelle  
Frau Justitiarin Nadja Stingl  
Augustinerstraße 38  
99084 Erfurt

Die Kommunikation zwischen der Auftraggeberin und den Bewerbern bzw. Bietern ist ausschließlich über den Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabepattform des Deutschen Vergabeportals (DTVP – <https://www.dtv.de/>) möglich.

Dies betrifft u. a. die Kommunikation bezüglich der

- Fragen und Antworten auf Bieterfragen,
- Aufklärung nach § 15 Abs. 5 S. 1 VgV,
- Nachforderung von Angaben, Erklärungen und Nachweisen,
- Zuschlagserteilung nach § 58 VgV.

Jeder Bewerber bzw. Bieter ist verpflichtet, sich regelmäßig Auskünfte/Fragen und Neuerungen bzw. Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen selbst einzuholen.

Auskünfte und Antworten anderer Stellen und solche, die außerhalb des vorgesehenen Verfahrens gegeben werden, sind nicht verbindlich.

Alle Bewerber bzw. Bieter werden gebeten, sich auf DTVP so zu registrieren, dass ihre Erreichbarkeit über die dort hinterlegte E-Mail-Adresse für die gesamte Dauer des Vergabeverfahrens gegeben ist.

Die Bewerber bzw. Bieter werden darauf hingewiesen, dass sie bei einem Wechsel des Ansprechpartners im laufenden Verfahren, dafür Sorge zu tragen haben, dass E-Mails sie weiterhin erreichen.

Die Information nach § 134 GWB erfolgt ebenfalls elektronisch über den Projektraum des Vergabeverfahrens auf DTVP und zusätzlich per E-Mail.

#### **4. Rechtlicher Rahmen**

4.1 Die Auftraggeberin ist öffentliche Auftraggeberin im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

4.2 Die Ausschreibung erfolgt unter Beachtung der Vorschriften des GWB und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV).

Es sind die derzeit geltenden Bestimmungen maßgeblich, auch wenn sich diese während des Verfahrens ändern sollten (§ 186 Abs. 2 GWB).

4.3 Unternehmen aus Staaten außerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, welche das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement, kurz: GPA) mit der Europäischen Union nicht geschlossen haben, sind zu diesem Vergabeverfahren nicht zugelassen.

4.4 Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, die Ausschreibung aufzuheben; sie unterliegt keinem Kontrahierungszwang. Auf § 63 VgV wird hingewiesen.

4.5 Die Auftraggeberin kann nach § 14 Abs. 4 Nr. 9 VgV Dienstleistungen, die in der Wiederholung gleichartiger Leistungen bestehen, an den gleichen Auftragnehmer im Wege eines Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Vergabebekanntmachung vergeben. Dies gilt insbesondere für im Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Leistung stehende Aufträge (z. B. die Erbringung selbständiger Dienstleistungen durch freie Mitarbeiter über die Höchstmenge hinaus oder durch freie Mitarbeiter mit anderen Qualifikationen in anderen Fachbereichen im dann dort genannten Umfang) bis zu einem Auftragsvolumen von insgesamt maximal 5.000.000 EUR netto. Soweit die Auftraggeberin von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, soll der Auftrag zu den Bedingungen der hier ausgeschriebenen Rahmenvereinbarung, soweit anwendbar, mit Ausnahme des Preises vergeben werden.



## **5. Vertraulichkeit und Datenschutz**

- 5.1 Die Vergabeunterlagen (Bewerbungsbedingungen nebst aller Anlagen) dürfen nur zur Erstellung eines Angebots und ggf. zur Erfüllung des Auftrags verwendet werden. Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Auftraggeberin zulässig. Wird kein Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Auch nach Beendigung der Angebotsphase haben alle Empfänger der Vergabeunterlagen über die bekannt gewordenen projektbezogenen Informationen Verschwiegenheit zu wahren. Sie haben hierzu auch die bei der Erstellung des Angebots beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten.

Im Falle der Beteiligung von Unterauftragnehmern gelten diese Bestimmungen entsprechend.

Die Auftraggeberin behandelt die eingehenden Angebotsunterlagen und die dazugehörigen Unterlagen vertraulich und verwahrt sie sorgfältig.

- 5.2 Die von den Bietern erbetenen Angaben (auch die mit Personenbezug) werden ausschließlich für die Zwecke des Vergabeverfahrens und - im Zuschlagsfalle - für die Auftragsdurchführung verarbeitet und gespeichert.

## **III. Verfahren**

### **1. Verfahrensart**

Der Auftrag wird gemäß §§ 119 Abs. 1, 3 GWB; 14 Abs. 1, 2; 15 Abs. 1; 21 VgV im Wege des offenen Verfahrens vergeben.

## **2. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Anfragen**

- 2.1 Die interessierten Unternehmen haben sich nach Erhalt der Vergabeunterlagen unverzüglich (innerhalb von 14 Tagen nach Kenntnis) über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Die im Projektraum der Vergabeplattform vorgegebene Gliederung der Unterlagen ist nicht maßgebend. Vielmehr sind die Vergabeunterlagen nebst Anlagen in der Kategorie „Leistungsbeschreibung“ zu finden. Allgemeine Hinweise zum Verfahren sowie eine Liste der einzureichenden Unterlagen entnehmen Sie bitte dem Anschreiben nebst Anlage, das in der Kategorie „Anschreiben“ zu finden ist. Die Auftraggeberin hat die Vergabeunterlagen sorgfältig und nach bestem Wissen erstellt. Sollten dennoch nach Auffassung eines Unternehmens Widersprüche oder Unklarheiten in den Unterlagen bestehen, sind diese der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Derartige Hinweise und alle sonstigen Fragen, die mit dem Vergabeverfahren im Zusammenhang stehen, sind ausschließlich über den Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform des DTVP an die Vergabestelle zu richten. Hierzu sind die kostenlose Registrierung des Unternehmens sowie die Bestätigung der Teilnahme an dem Verfahren auf DTVP erforderlich.

Auf die gesetzliche Rügeobliegenheit des § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen.

Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Gegenstand des Auftrags sind von Rügen deutlich zu trennen. Fragen bzw. Auskunftersuchen sind rechtzeitig an die Vergabestelle zu richten, **möglichst bis zum 07.07.2026**.

- 2.2 Antworten werden allen Unternehmen, welche die Vergabeunterlagen abgefordert haben, zeitgleich in anonymisierter Form zugänglich gemacht. Die Auftraggeberin behält sich vor, Fragen so umzuformulieren, dass die Identität des Fragestellers nicht erkennbar wird. Es wird jedoch darum gebeten, bei der Formulierung von Fragen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten allen vorgenannten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt, sie wären – falls sie doch erteilt würden – nicht verbindlich.

Die Antworten werden ausschließlich und einheitlich in einer Übersicht auf der Vergabeplattform des DTVP für alle Bewerber bzw. Bieter auch ohne Registrierung sichtbar eingestellt und sind regelmäßig einzuholen (vgl. Punkt A.II.3.).

### **3. Angebotsfrist**

Die Frist für die Einreichung der Angebote (Angebotsfrist) endet am

**16.07.2026, 10:00 Uhr.**

Angebote, die nach Ablauf der Angebotsfrist eingehen, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

### **4. Form und Bestandteile des Angebots**

4.1 Die Angebotsabgabe erfolgt ausschließlich in elektronischer Form mittels Textform, fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur.

Für die Übermittlung der elektronischen Angebote steht im Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform des DTVP ein Bietertool zur Verfügung. Über das Bietertool werden die Angebote erarbeitet und anschließend verschlüsselt auf einem sicheren Server gespeichert.

Die Abgabe von Angeboten kann entweder mit einer lokal installierten Version des Bietertools oder webbasiert direkt im Browser erfolgen.

Nähere Informationen zur Angebotseinreichung über das Bietertool stehen unter folgenden Links zur Verfügung:

1. webbasierte Angebotsabgabe:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/webbasierte+Abgabe+-+Anleitung>

2. lokale Installation des Bietertools:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool>

Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote wird mit einem elektronischen Zeitstempel dokumentiert. Die Auftraggeberin kann auf die Angebote erst nach Ablauf der Angebotsöffnung zugreifen.

Mit dem Angebot sind bei der elektronischen Angebotsabgabe sämtliche den Bewerbungsbedingungen als Anlage beigefügten Formblätter mittels Hochladen über das zur Verfügung gestellte Bietertool einzureichen.

Soweit dies auf den Formblättern vorgesehen ist, sind diese vollständig auszufüllen. Mit der elektronischen Einreichung gelten das Angebot und alle damit eingereichten Formblätter und Unterlagen, die Bietererklärungen enthalten, als unterschrieben. Erklärungen Dritter (z.B. Bietergemeinschaftserklärung, Verpflichtungserklärung des benannten Unterauftragnehmers) sind vollständig ausgefüllt und unterschrieben im Bietertool hochzuladen.

Die Einreichung elektronischer Angebote ist mittels Textform nach § 126b BGB möglich. Es ist der Bewerber bzw. Bieter sowie die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen. Weiterhin ist eine Angebotsabgabe mittels fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur möglich.

Elektronische Angebote und sämtliche damit vorzulegenden Unterlagen müssen vor Ablauf der Angebotsfrist hinterlegt sein. Ansonsten wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Angebote auf anderen Übertragungswegen, insbesondere per Post, Telefax, E-Mail etc. sind nicht zugelassen; sie wahren die Frist nicht und werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

- 4.2 Das Angebot und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu fertigen. Anlagen und Erklärungen, deren Inhalte für Bieter nicht zutreffen, sind weder blanko noch mit Streichungen versehen beizufügen. Die Auftraggeberin geht bei Fehlen davon aus, dass die geforderten Erklärungen und Inhalte entsprechend dieser Anlagen auf den Bieter nicht zutreffen. Die Bewerbungsbedingungen selbst sind nicht beizufügen.
- 4.3 Die einzureichenden Unterlagen sind unveränderbarer Form einzureichen. Eine Verlinkung genügt den Anforderungen nicht. Inhalte solcher Verlinkungen im Angebot werden daher nicht berücksichtigt.
- 4.4 Das Angebot besteht aus dem einzureichenden Konzept (siehe Punkt A.IV.2.), den Angebotsblättern (**Anlage 6-1 bis 6-5**) sowie den weiteren in der Anlage zum Anschreiben geforderten Anlagen/Unterlagen.

Vom Bieter sind für das/die Los/-e, für welche er ein Angebot abgibt, die jeweiligen Angebotsblätter (**Anlage 6-1 bis 6-5**) vollständig ausgefüllt einzureichen. Im jeweiligen Angebotsblatt sind die Tagessätze für die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) benannten freien Mitarbeiter (mit den dort zugeordneten Qualifikationen bzw. Kompetenzen) des jeweiligen Loses **vollständig (für alle dort benannten Kompetenzbezeichnungen)** anzugeben.

Für Lose, für welche kein Angebot abgegeben werden soll, sind die Angebotsblätter nicht einzureichen bzw. nicht auszufüllen oder entsprechend zu kennzeichnen (z.B. „kein Angebot“).

Die eingereichten Angebotsblätter werden im Falle der Zuschlagsteilung für die bezuschlagten Lose Bestandteil der Rahmenvereinbarung.

- 4.5 Es gelten die Ausschlussgründe des § 57 Abs. 1 VgV.

## **5. Änderungen, Berichtigungen, Rücknahme der Angebote**

- 5.1 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Andernfalls muss das Angebot gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 3 VgV ausgeschlossen werden.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen (wie eigene Vertragsbedingungen) sind unzulässig und führen zwingend zum Angebotsausschluss (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV). Soweit der Bieter Erläuterungen seines Angebots für erforderlich hält, hat er diese auf besonderer Anlage beizufügen. In diesem Fall ist zweifelsfrei kenntlich zu machen, dass diese Bestandteil des Angebots sind.

Die Auftraggeberin akzeptiert die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ des Bieters nicht. Werden dem Angebot eigene Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen beigelegt, werden diese nicht Vertragsbestandteil.

Im Angebot ist anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

- 5.2 Der Bieter kann sein elektronisches Angebot, das innerhalb der Angebotsfrist eingereicht wurde, nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist und im Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform des DTVP zurückziehen oder austauschen.

## **6. Nebenangebote**

Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

## **7. Vergütung für Angebote**

Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung und keine Kostenerstattung gewährt.

## **8. Unterauftragnehmer**

- 8.1 Die Einschaltung von Unterauftragnehmern für einzelne Teilleistungen ist jeweils möglich. Die Weitergabe von Teilleistungen an Unterauftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Auftraggeberin.
- 8.2 Der Bieter hat die Teilleistungen, die durch Unterauftragnehmer erbracht werden sollen, bereits bei Angebotserstellung anzugeben (**Anlage 3-1**).

Es wird darauf hingewiesen, dass die konkrete Benennung von Unterauftragnehmern und die Verpflichtungserklärung schon bei Angebotseinreichung vorliegen sollten (**Anlage 3-2 und 3-3**), aber nicht müssen.

Sollte ein Bieter die Geeignetheit für den ausgeschriebenen Auftrag allerdings nur dadurch erlangen, dass er einen oder mehrere Unterauftragnehmer zur Leistungserbringung einbezieht, so hat er bereits bei Angebotsabgabe den Unterauftragnehmer zwingend zu benennen, seine Verfügung über dessen Ressourcen (**Anlage 3-3**) sowie dessen Eignung nachzuweisen

Auf Nachfrage sind jedoch in den anderen Fällen – spätestens bis zu einem von der Auftraggeberin noch zu bestimmenden Termin – die vorgesehenen Unterauftragnehmer (einschließlich verbundener Unternehmen) sowie Art und Umfang der an sie delegierten Teilleistungen im Angebot auf dem hierfür vorgesehenen Formblatt (**Anlage 3-2**) zu benennen und es ist nachzuweisen, dass die benannten Unterauftragnehmer über die erforderliche Eignung zur Ausführung der ihnen übertragenen Auftragsteile verfügen.

Die Auftraggeberin überprüft vor der Erteilung des Zuschlages, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen (§ 36 Abs. 5 Satz 1 VgV). Hierzu hat der Bieter bis zum Ablauf einer von der Auftraggeberin zu bestimmenden Frist unter Verwendung der **Anlage 3-4** zu erklären, dass in Bezug auf den jeweiligen Unterauftragnehmer Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB nicht vorliegen.

In diesem Fall gilt die Zustimmung der Auftraggeberin mit dem Zuschlag als erteilt.

- 8.3 Liegen beim Unterauftragnehmer zwingende und/oder fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vor, hat der Bieter den Unterauftragnehmer auf Aufforderung bis zum Ablauf einer von der Auftraggeberin zu bestimmenden Frist zu ersetzen.
- 8.4 Spätestens bei Beginn der Auftragsausführung hat der Auftragnehmer die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer sowie jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung der Auftraggeberin mitzuteilen.
- 8.5 Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die sich aus diesen Vergabeunterlagen und Verträgen ergebenden Verpflichtungen auch von seinen Unterauftragnehmern eingehalten werden. Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags (Generalunternehmerschaft).
- Auf § 97 Abs. 4 S. 4 GWB wird verwiesen.
- 8.6 Bieter bzw. Mitglieder einer Bietergemeinschaft haben in dem Angebot durch Vorlage von Erklärungen der von ihnen benannten Unterauftragnehmer (**Anlage 3-3**) nachzuweisen, dass sie tatsächlich über die Mittel und Kapazitäten dieser Unterauftragnehmer verfügen und die benannten Unterauftragnehmer über die erforderliche Eignung zur Ausführung der ihnen übertragenen Auftragsteile verfügen.
- 8.7 Es wird darauf hingewiesen, dass auch mit dem Bieter verbundene Unternehmen i.S.d. Konzernrechts Unterauftragnehmer sind.



## 9. Eignungsleihe

- 9.1 Ein Bieter bzw. Mitglieder einer Bietergemeinschaft kann/können sich zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Bezug auf die unter Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung geforderten Eignungsnachweise der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen (Eignungsleihe). Die Eignungsleihe muss nicht zwingend mit der Übernahme von Unteraufträgen einhergehen. Nur im Falle des Nachweises der beruflichen Leistungsfähigkeit (wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise, einschlägige berufliche Erfahrung) dürfen die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn diese die Leistung, für die die Kapazitäten benötigt werden, erbringen. Gesetzliche Bestimmungen sind zu beachten. Bei der Eignungsleihe in Bezug auf personelle Mittel sind insbesondere die Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu beachten.
- 9.2 Verweist ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, sind diese im Unterauftragnehmerverzeichnis (**Anlage 3-2**) zu benennen. Darüber hinaus ist für die Eignungsleihe deutlich zu machen, welche Eignungsanforderungen von welchem Unternehmen erbracht werden.

Weiterhin muss der Bieter nachweisen, dass er auf die für den Auftrag erforderlichen Mittel des anderen Unternehmens tatsächlich zugreifen kann, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung vorlegt (**Anlage 3-3**). Wenn die Eignungsleihe nicht mit der Erbringung eines wesentlichen Leistungsanteils einhergeht, ist in dem dafür vorgesehenen Feld (Punkt 3 der **Anlage 3-3**) lediglich auf den konkreten Inhalt der Eignungsleihe hinzuweisen. Die geforderten Eignungsnachweise sind für das andere Unternehmen nur insoweit zu erbringen, wie sie sich auf den Gegenstand der Eignungsleihe beziehen. Darüber hinaus hat das andere Unternehmen unter Verwendung der **Anlage 3-4** zu erklären, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. §§ 123, 124 GWB vorliegen.

- 9.3 Die einschlägigen Eignungsnachweise sowie die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (**Anlage 3-4**) bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung des anderen Unternehmens, das Unterauftragnehmerverzeich-

nis (**Anlage 3-2**) sowie die Verpflichtungserklärung (**Anlage 3-3**) sind im Fall der Eignungsleihe bereits mit dem Angebot vorzulegen.

- 9.4 Erfüllt das andere Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium nicht oder liegen zwingende und/oder fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vor, hat der Bieter dieses Unternehmen auf Aufforderung bis zum Ablauf einer von der Auftraggeberin zu bestimmenden Frist zu ersetzen. Kommt der Bieter dieser Aufforderung nicht oder nicht fristgemäß nach, hat er seine Eignung nicht nachgewiesen.
- 9.5 Im Hinblick auf die unter Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung geforderten Eignungsnachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit haften der Bieter bzw. die Mitglieder einer Bietergemeinschaft und das andere Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe gemeinsam. Eine entsprechende Erklärung des Drittunternehmens (**Anlage 3-3**) ist mit dem Angebot einzureichen.

## **10. Bietergemeinschaften**

Bietergemeinschaften oder andere gemeinschaftliche Bieter sind zugelassen, wenn die Mitglieder gesamtschuldnerisch haften (Arbeitsgemeinschaften in Form einer GbR etc.).

Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Erklärung Bietergemeinschaft, **Anlage 4**) abzugeben,

- a) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft oder einer vergleichbaren Rechtsperson mit gesamtschuldnerischer Haftung erklärt ist,
- b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- c) dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin vertritt,
- d) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die unter Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung in Bezug auf die Eignung zur Berufsausübung aufgeführten Nachweise sowie zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit aufgeführten Nachweise sind bei Bildung einer Bietergemeinschaft von jedem Mitglied vorzulegen. Die unter Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung genannten Eignungsnachweise in Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit können für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gemeinschaftlich erbracht werden.

Es gilt das Gebot des Geheimwettbewerbs. Die Mitglieder einer Bietergemeinschaft können, wenn sie als solche ein Angebot abgegeben haben, auch als Einzelbieter nur abgeben (und umgekehrt), wenn sie nachweisen, dass ihre Angebote jeweils völlig unabhängig voneinander formuliert wurden und folglich nicht die Gefahr der Beeinflussung des Geheimwettbewerbs besteht.

Wird dieser Nachweis zur Überzeugung der Auftraggeberin bis zum Ablauf der Angebotsfrist nicht erbracht, so sind beide Angebote (das der Bietergemeinschaft und das des Einzelbieters) zwingend auszuschließen.

### **11. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen**

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen in Bezug auf die Vergabe sind unzulässig und können zum Angebotsausschluss führen (§§ 97 Abs. 1, 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Auf die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (vgl. Punkt B.I.1) und die kartellrechtlichen Beschränkungen für Bietergemeinschaften wird hingewiesen.

### **12. Öffnung der Angebote**

In der Verhandlung zur Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen. Die Namen der Bieter und Endbeträge der Angebote werden nicht bekannt gegeben.

### **13. Mitteilung über nicht berücksichtigte Angebote**

Die Auftraggeberin informiert Bewerber und Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, unverzüglich nach Abschluss der Bewertung der Angebote in Textform (§ 134 Abs. 1 GWB). In dieser Vorinformation werden den nicht berücksichtigten Bietern die Gründe für die Nichtberücksichtigung ihres Angebots, der Name des Bieters, dem der Zuschlag erteilt werden soll, und der früheste Zeitpunkt des Vertragschlusses mitgeteilt.

Eine etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens wird den Bietern in Textform mitgeteilt (§ 63 VgV).

### **14. Zuschlags- und Bindefrist**

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am **15.09.2026** um 23:59 Uhr.

### **15. Anforderung eines Wettbewerbsregistrauszuges**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet – soweit anwendbar – die Vorgaben des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohnes (MiLoG) einzuhalten. Die Auftraggeberin fordert aufgrund der geltenden Bestimmungen des MiLoG eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 WRegG für den Bieter an, der für den Zuschlag vorgesehen ist

Die hierfür erforderlichen Angaben zum Unternehmen (bei juristischen Personen) bzw. zur Person (bei natürlichen Personen) hat der Bieter in der **Anlage 5** zu machen.

### **16. Zuschlagserteilung**

Die Auftraggeberin wird voraussichtlich Ende August 2026 die Prüfung und Bewertung der Angebote abschließen und über DTVP und zusätzlich per E-Mail die Vorabinformation versenden. Im Rahmen der Vorabinformation gemäß § 134 Abs. 1 GWB werden die Bieter u.a. informiert über:

- die Zuschlagsentscheidung
- die hiervon betroffenen Lose
- an welcher Stelle der zwei erfolgreichsten Bieter pro Los der Bieter steht, sofern der Bieter im Los eins der beiden wirtschaftlichsten Angebote abgegeben hat.

Die Rahmenvereinbarung wird erst zehn Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen. Die Frist beginnt am Tage nach der Absendung der Information durch die Auftraggeberin. Auf den Tag des Zugangs der Information beim Bieter kommt es nicht an (§ 134 Abs. 2 GWB).

Die Auftraggeberin übermittelt dem Bieter im Falle des Zuschlags über DTVP ein Zuschlagsschreiben. Der Bieter verzichtet mit Abgabe seines Angebots i.S.v. § 151 S. 1 BGB auf den Zugang der Annahmeerklärung (des Zuschlags).

Nach Erteilung des Zuschlags erhalten die Rahmenvertragspartner ein Exemplar der gegengezeichneten Rahmenvereinbarung.

### **17. Vergabekammer gemäß § 156 GWB**

Zuständige Vergabekammer ist:

Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt  
Kaiser-Friedrich-Straße 16  
53113 Bonn

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

### **18. Hinweis zur Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren**

Bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens gem. §§ 155 ff. GWB haben alle Beteiligten grds. ein Akteneinsichtsrecht. Jeder Bieter hat daher mit der konkreten Möglichkeit zu rechnen, dass sein Angebot mit allen wesentlichen Bestandteilen,

soweit es sich in den Vergabeakten der Auftraggeberin befindet, von den Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird.

Die Auftraggeberin ist verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 S. 4 GWB). Es liegt somit im eigenen Interesse eines jeden Bieters, schon in seinem Angebot auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen können, die Einsicht in die Akten zu versagen, insbesondere auf Fabrik-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen.

### **19. Mitteilung über vergebene Aufträge**

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter grundsätzlich damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf sein Angebot entsprechend § 39 Abs. 1 VgV sein Name und der zu zahlende Auftragspreis bzw. das höchste/niedrigste Angebot, das berücksichtigt wurde, nach dem im Anhang III der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/1986 vorgegebenen Muster bekannt gegeben werden.

Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Auftraggeberin nach pflichtgemäßem Ermessen.

## **IV. Angebotsauswertung**

### **1. Ablauf der Angebotsauswertung**

Die Auswertung der Angebote erfolgt in einem vierstufigen Verfahren. Die vier Stufen der Angebotswertung sind:

- formelle Prüfung der Angebote (§§ 56 Abs. 2, 3, 57 Abs. 1 VgV)
- Eignungsprüfung (§§ 122 ff. GWB, 42 Abs. 1 VgV)
- Prüfung der Angemessenheit der Preise (§ 60 VgV)
- Wirtschaftlichkeitsbewertung (§§ 127 GWB, 58 VgV)

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Angebotswertung vor der Eignungsprüfung vorzunehmen, § 42 Abs. 3 VgV.

Die Auftraggeberin kann den Bieter auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen (§ 56 Abs. 2 VgV). Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 56 Abs. 3 VgV).

Macht die Auftraggeberin von dieser Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch, fordert sie nur von denjenigen Bietern nach, deren Angebote in die engere Wahl kommen.

Für einen Zuschlag kommen nur noch solche Angebote in Frage, die nicht ausgeschlossen werden. Auf die Ausschlussgründe der §§ 123, 124 GWB, 57 VgV wird verwiesen.

Verhandlungen mit den Bietern, insbesondere über Angebots- oder Preisänderungen, sind im Rahmen dieses offenen Verfahrens unzulässig (§ 15 Abs. 5 S. 2 VgV). An die Bieter können lediglich zur Behebung von Zweifeln an den Angeboten oder den Bietern auf Basis von § 15 Abs. 5 S. 1 VgV Aufklärungsersuchen gerichtet werden. Verweigert ein Bieter die geforderten Aufklärungen und Angaben, so kann sein Angebot unberücksichtigt bleiben.

Der Grund und das Ergebnis der Aufklärungen werden vertraulich behandelt und schriftlich niederlegt. Das Ergebnis der Aufklärungen kann zu einer Bestätigung der aktenmäßigen Bewertung oder zu einer Abwertung des Angebots führen. Soweit ein Ausschlusskriterium betroffen ist, kann die Aufklärung auch zum Ausschluss des Angebots führen.

Bei ungewöhnlich niedrigen Preisen können Bieter zur detaillierten Aufklärung Ihres Angebots aufgefordert werden.

## **2. Zuschlagskriterien**

Der Zuschlag erfolgt für das jeweilige Los auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot hinsichtlich Preis und Qualität. Das heißt, im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird der Zuschlag für das jeweilige Los auf die zwei wirtschaftlichsten Angebote erteilt. Die Qualität fließt dabei zu 60 % (= 120 Punkte) und der Preis zu 40 % (= 80 Punkte) in die Bewertung ein.

Die Bewertungsmatrizen sind als **Anlagen 7-1 bis 7-5** beigefügt und bilden die Grundlage für die Bewertung der Angebote.

### **2.1 Preis**

In den Angebotsblättern (**Anlage 6-1 bis 6-5**) sind die Tagessätze für die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) benannten freien Mitarbeiter (mit den dort zugeordneten Kompetenzen bzw. Qualifikationen) des jeweiligen Loses **vollständig (für alle dort benannten Kompetenzbezeichnungen)** anzugeben.

Alle Angebotspreise sind netto, d.h. exklusive der derzeit gültigen Mehrwertsteuer, anzugeben. Die Tagessätze sind einschließlich sämtlicher Nebenkosten (z.B. Reise- und Übernachtungskosten, Kosten für Post und Telekommunikation, die übrigen anfallenden Auslagen und Spesen, Nutzungsrechte und Unterlagen hierzu, die Vergütung für eventuelle Reisezeiten der freien Mitarbeiter zu den Standorten der Auftraggeberin in Sachsen und Thüringen, Kosten für den zentralen Ansprechpartner, sämtliche Unterstützungsprozesse [u. a. Back Office], Rekrutierungsprozess, Serviceleistungen, Kosten für die Auswahl des freien Mitarbeiters, Dokumentationen) anzugeben.

Maßgeblich für die Bewertung sind jeweils die Nettopreise für die im jeweiligen Angebotsblatt (**Anlage 6-1 bis 6-5**) aufgeführten freien Mitarbeiter mit den zugeordneten Kompetenzen bzw. Qualifikationen zzgl. der gesetzlich vorgeschriebenen Mehrwertsteuer bzw. der entsprechenden Steuer für innergemeinschaftlichen Erwerb.



Bei der Bewertung geht die Auftraggeberin wie folgt vor:

Bezogen auf den jeweiligen Tagessatz erhält jeweils der Bieter mit dem besten Preis die volle Punktzahl. Von der Punktzahl der nachfolgenden Bieter wird jeweils prozentual der Wert abgezogen, um welchen ihr Preis über dem des günstigsten Tagessatzes liegt. Bei einer Abweichung von mehr als hundert Prozent erhält der Bieter 0 Punkte; es werden keine Minuspunkte vergeben.

Weitere Einzelheiten zur Bewertung, insbesondere die maximal erreichbare Punktzahl und die jeweilige Gewichtung der einzelnen Tagessätze sind den beigefügten Bewertungsmatrizen (**Anlage 7-1 bis 7-5**) zu entnehmen.

## **2.2 Qualität**

Die Qualität wird mit insgesamt 120 Punkten bewertet. Die einzelnen Wertungskriterien der Kategorie Qualität sowie deren Gewichtung sind im Einzelnen den **Anlagen 7-1 bis 7-5** (Bewertungsmatrizen) zu entnehmen. Des Weiteren sind der Bewertungsmatrix der Bewertungsmaßstab für das einzelne Kriterium zu entnehmen.

Die Bieter haben im Rahmen eines Konzepts detaillierte Angaben zu folgenden Qualitätskriterien zu machen:

### **(1) Rekrutierungsprozess/Beschwerden**

#### **1.1 Rekrutierungsprozess**

Die Bieter haben in ihrem Konzept detailliert den Rekrutierungsprozess zur Gewinnung freier Mitarbeiter mit spezifischen Kenntnissen für den Einsatz bei der Auftraggeberin darzulegen. Dabei sind die Rekrutierungswege einschließlich ggf. einzusetzender Medien aufzuzeigen und zu beschreiben, auf Grundlage welcher Qualitätsstandards des Bieters (z. B. bei Tests bzw. Gesprächen) die sorgfältige Auswahl der freien Mitarbeiter, insbesondere unter Berücksichtigung des jeweiligen Themenfeldes und der dafür erforderlichen Qualifikation bzw. Kompetenz, erfolgen soll.

### 1.2 Sicherstellung der Verfügbarkeit zum vereinbarten Zeitpunkt

Da der Bedarf an der Erbringung selbstständiger Dienstleistungen durch freie Mitarbeiter während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung Schwankungen unterliegt, ist eine entsprechende Flexibilität des Bieters bei der Bereitstellung von personellen Kapazitäten unerlässlich. Im Konzept ist daher zu beschreiben, wie im Falle des Direktabrufes innerhalb von 4 Arbeitstagen sichergestellt werden soll, dass die Dienstleistung durch den Einsatz eines freien Mitarbeiters mit der geforderten Qualifikation bzw. Kompetenz gemäß der Beschreibung des Arbeitspaketes zum vereinbarten Zeitpunkt zur Verfügung steht.

Hinweis: Berücksichtigen Sie dabei auch, dass innerhalb der 4 Arbeitstage mindestens zwei freie Mitarbeiter (sofern von der Auftraggeberin nichts anderes vorgesehen ist) entsprechend der Beschreibung des Arbeitspaketes vorzuschlagen sind.

### 1.3 Umgang mit Beschwerden und Ausfällen

Die Bieter haben des Weiteren in ihrem Konzept auf den Umgang mit Beschwerden zur Eignung des eingesetzten freien Mitarbeiters von Seiten der AOK PLUS sowie mit Ausfällen des eingesetzten freien Mitarbeiters einzugehen und aufzuzeigen, wie innerhalb einer angemessenen Frist ein gleichwertig qualifizierter Ersatz und die Übergabe des Arbeitsstandes sichergestellt werden kann.

## **(2) Zusammenarbeit mit der AOK PLUS**

Im Rahmen des Konzeptes ist darzulegen, wie die Erreichbarkeit über den Verlauf eines Abrufes (beginnend mit der Erbringung der Dienstleistung bis zur Abrechnung der erbrachten Leistungen) sichergestellt werden soll. Gehen Sie in diesem Zusammenhang auch darauf ein, wie die Erreichbarkeit des zentralen Ansprechpartners für Koordination, Service und Auswahl der freien Mitarbeiter (jeweils an Werktagen zwischen 8:00 und 17:00 Uhr) sichergestellt werden soll. Zeigen Sie auf, wie die Sicherstellung von Abstimmungsprozessen einschließlich der Information bei Personalausfall (z.B. durch Krankheit) erfolgen soll und wie viele Schnittstellen (Anzahl der Ansprechpartner) dabei erforderlich sind. Gehen Sie auch auf Vertretungsregelungen ein.

### **(3) Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Auswahl freier Mitarbeiter**

Im Rahmen eines Abrufs soll bei Bedarf der AOK PLUS ein Kennlerntermin im Rahmen eines virtuellen Interviews mit den potenziellen Kandidaten, die den Mindestanforderungen entsprechen, durchgeführt werden (siehe Punkt V. der Leistungsbeschreibung). Im Rahmen des Konzeptes ist aufzuzeigen, wie Interviews und der Service zum Einladungsmanagement inklusive Organisation, Koordination, Durchführung und Moderation erfolgen sollen. Dabei ist auch darauf einzugehen, wie die Realisierung eines Kennenlerntermins mit freien Mitarbeitern innerhalb einer Woche sichergestellt wird.

### **(4) Qualitätssicherung**

Im Rahmen des Konzeptes ist weiterhin darzulegen, welche Maßnahmen zur Qualitätssicherung während der Vertragsdurchführung – zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Erfüllung des Vertrages – eingesetzt werden sollen. Gehen Sie insbesondere darauf ein, wie Rollen sowie Verantwortlichen zur Sicherstellung der Qualität während der Auftragsumsetzung ausgestaltet werden sollen (interne Verantwortlichkeiten, Entscheidungswege, Informationsflüsse).

### **(5) Risikomanagement**

Zudem haben die Bieter in ihrem Konzept darauf einzugehen, welche Methoden und Maßnahmen im Rahmen des Risikomanagements eingesetzt werden. Zeigen Sie dabei auch auf, welche Prozesse zur Risikominimierung existieren, bspw. in Bezug auf Vermeidung von Scheinselbstständigkeit und verdeckte Arbeitnehmerüberlassung.

**Es ist grundsätzlich für jedes Los ein Konzept zu den benannten Punkten einzureichen. Soweit sich ein Bieter auf mehrere oder alle Lose bewirbt, kann vom Bieter lediglich ein Konzept eingereicht werden, wenn dieses aussagekräftig für diese Lose ist. Soweit losspezifische Besonderheiten gegeben sind, sind separate Konzepte je Los einzureichen.**

Die Wertungskriterien (Unterkriterien) werden wie folgt gewichtet:

Rekrutierungsprozess	max. 4 Punkte x	7,5 = 30 Punkte
Verfügbarkeit zum vereinbarten Zeitpunkt	max. 4 Punkte x	7,5 = 30 Punkte
Umgang mit Beschwerden und Ausfällen	max. 4 Punkte x	2,5 = 10 Punkte
Zusammenarbeit mit AOK PLUS	max. 4 Punkte x	2,5 = 10 Punkte
Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Auswahl freier Mitarbeiter	max. 4 Punkte x	2,5 = 10 Punkte
Qualitätssicherung	max. 4 Punkte x	2,5 = 10 Punkte
Risikomanagement	max. 4 Punkte x	5 = 20 Punkte

Die in der Qualitätsbewertung erzielten Gesamtpunkte werden mit den erreichten Punkten der Preisbewertung addiert. Der Zuschlag wird für das jeweilige Los auf die zwei Angebote erteilt, welche insgesamt die meisten Punkte erhalten.

Bei einem Punktgleichstand entscheidet die höchste Punktzahl im Kriterium „Rekrutierungsprozess“. Sollten auch diese Punkte gleich sein, entscheidet die Punktzahl in folgenden Kriterien in der Reihenfolge ihrer Nennung: „Verfügbarkeit zum vereinbarten Zeitpunkt“, „Risikomanagement“, „Umgang mit Beschwerden und Ausfällen“, „Zusammenarbeit mit AOK PLUS“, „Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Auswahl freier Mitarbeiter“, „Qualitätssicherung“.

Mit den Zuschlagsschreiben wird bezogen auf das jeweilige Los den obsiegenden Bietern ihre Platzierung, also an welcher Stelle der zwei erfolgreichsten Bieter diese stehen, mitgeteilt (weitere Einzelheiten siehe auch Punkt A.I.4. und Punkt A.III.16).

Die Vergabe der konkreten Einzelaufträge unter den zwei Bietern, mit denen im jeweiligen Los eine Rahmenvereinbarung geschlossen wurde, erfolgt ohne erneutes Vergabeverfahren im Direktabruf nach dem sogenannten Kaskadenverfahren. Die weiteren Einzelheiten sind der den Bewerbungsbedingungen als **Anlage 1** beigefügten Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

## B Eignungsnachweise

### I. Nachweise

Bei der Auswahl der Angebote, die für den Zuschlag in Betracht kommen, sind nur Bieter zu berücksichtigen, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit besitzen und nicht nach den §§ 123 und 124 GWB auszuschließen sind (§ 122 Abs. 1 GWB, § 42 VgV).

Präqualifikationssysteme sind im Rahmen dieser Ausschreibung zugelassen.

Folgende Angaben bzw. Nachweise zur Eignung sind mit dem Angebot vorzulegen:

#### **1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:**

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (**Anlage 8**)
- Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen (**Anlage 9**)

#### **2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

- Darstellung des Gesamtumsatzes des Bieters in den letzten 3 Geschäftsjahren, aufgesplittet je Geschäftsjahr, unter Verwendung der **Anlage 10-1**.
- Darstellung des Gesamtumsatzes des Bieters im Bereich „Auswahl und Einsatz von freien Mitarbeitern mit spezifischen Kompetenzen bzw. Qualifikationen“ in den letzten 3 Geschäftsjahren, aufgesplittet je Geschäftsjahr, unter Verwendung der **Anlage 10-2**. Die Auftraggeberin betrachtet lediglich solche Bieter für die Durchführung des Auftrages geeignet, welche im Schnitt der letzten 3 Geschäftsjahre für das Los, auf welches sie sich bewerben, den jeweils folgenden Umsatz im Bereich „Auswahl und Einsatz von freien Mitarbeitern mit spezifischen Kompetenzen bzw. Qualifikationen“ nachweisen können:

Los 1:	250.000 EUR
Los 2:	500.000 EUR
Los 3:	750.000 Euro
Los 4:	500.000 EUR
Los 5:	500.000 EUR

Soweit ein Bieter sich auf mehrere Lose bewirbt, hat er den addierten Umsatz für die Lose nachzuweisen, auf die er ein Angebot abgibt. Soweit der Bieter den addierten Umsatz nicht nachweist, führt das zum Ausschluss des Bieters. Im Falle einer Bietergemeinschaft wird der addierte Umsatz (der Mitglieder der Bietergemeinschaft) zugrunde gelegt.

### **3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

- detaillierte Darstellung von Referenzprojekten vergleichbarer Art und Größe innerhalb der letzten 3 Jahre, welche Kenntnisse und Erfahrungen in der Auswahl und beim Einsatz von freien Mitarbeitern mit spezifischen Kompetenzen bzw. Qualifikationen für die Erbringung selbständiger Dienstleistungen nachweisen unter Angabe
  - des Auftraggebers einschließlich Ansprechpartner mit Telefonnummer (soweit zulässig, anderenfalls allgemeine/abstrakte Beschreibung des Auftraggebers)
  - der Branche des Auftraggebers
  - des Leistungszeitraums
  - des Leistungsgegenstandes (einschließlich Beschreibung der Aufgaben Ihres Unternehmens [insbesondere in Bezug auf die Suche und Auswahl der freien Mitarbeiter] und des Tätigkeitsbereichs der freien Mitarbeiter mit einem vergleichbaren Bezug zu Schwerpunktaufgaben des Loses),
  - Angabe der Anzahl der eingesetzten freien Mitarbeiter, untergliedert nach den in **Anlage 1** (Leistungsbeschreibung) von der Auftraggeberin gewählten Kompetenzbezeichnungen für die dort genannten spezifischen Qualifikationen/Kompetenzen (andere

Kompetenzbezeichnungen von Referenzauftraggebern für gleiche Qualifikationen/Kompetenzen sind zulässig)

- des Leistungsumfangs (Anzahl der Personentage)
- des Rechnungswertes (soweit zulässig)

unter Verwendung der **Anlagen 11-1 bis 11-5**, welche ggf. zu vervielfältigen ist. Die Auftraggeberin betrachtet für die Durchführung des ausgeschriebenen Auftrages lediglich solche Bieter als geeignet, die pro Los mindestens 2 Referenzprojekte vergleichbarer Art und Größe vorweisen können, welche Kenntnisse und Erfahrungen in der Auswahl und beim Einsatz von freien Mitarbeitern für die Erbringung selbstständiger Dienstleistungen in den Themengebieten Gesundheit (Los 1), IT-Service-Management, Security & Workplace (Los 2), Data, KI & Analytics (Los 3), Software Engineering, Architektur & Plattformen (Los 4) und Wertschöpfung/Kundenzentrierung (Los 5) nachweisen.

## II. Form

Die Angebotsunterlagen, soweit es auf Vordrucken vorgesehen ist, sind vom Bieter auszufüllen und über den Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabepattform des DTVP im Bietertool des Projekttraumes hochzuladen.

Als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die EEE ist unter dem Link <https://eee.evergabe-online.de/> abrufbar und mit dem Angebot einzureichen. Die EEE ist ausgefüllt im Bietertool hochzuladen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Auftraggeberin bei Verwendung der EEE den Bieter jederzeit während des Verfahrens auffordern kann, sämtliche oder einen Teil der geforderten Unterlagen beizubringen, wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist (§ 50 Abs. 2 S. 1 VgV).

Vor Zuschlagserteilung fordert die Auftraggeberin den Bieter, an den der Zuschlag erteilt werden soll, auf, die geforderten Unterlagen beizubringen (§ 50 Abs. 2 S. 2 VgV), sofern es sich nicht um Eigenerklärungen handelt, die gleichen Inhalts bereits im Rahmen der EEE abgegeben wurden.

Auf § 50 Abs. 3 VgV wird verwiesen.

### **III. Folge bei Nichtvorlage der geforderten Nachweise**

Unternehmensbezogene Unterlagen, die auf Anforderung der Auftraggeberin bis zum Ablauf der Angebotsfrist nicht, unvollständig oder fehlerhaft vorgelegt wurden, können bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachgefordert, vervollständigt oder korrigiert werden (§ 56 Abs. 2 VgV).

Hat der Bieter die verlangten Unterlagen mit dem Angebot nicht vorgelegt und ggf. auf Aufforderung der Auftraggeberin innerhalb einer von der Auftraggeberin gesetzten Frist nicht nachgereicht oder entsprechen diese nicht den zwingenden inhaltlichen Anforderungen und belegen daher nicht die Eignung des Bieters, wird das Angebot bei der Wertung nicht berücksichtigt (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV).



## C Vertragsinhalt und Vertragsbedingungen

### I. Art und Umfang

Art und Umfang der beiderseitigen Leistung bestimmen sich nach folgender Reihenfolge:

- den Bestimmungen der Rahmenvereinbarung einschließlich Datenschutzbestimmungen (**Anlage 2 nebst Anhängen 1 und 2**),
- den Bewerbungsbedingungen nebst aller Anlagen einschließlich der Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin nebst Anhang (**Anlage 1 nebst Anhang 1**)
- der Vergabebekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union,
- dem Angebot des Auftragnehmers einschließlich Angebotsblatt (**Anlage 6-1 bis 6-5**);
- den allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B in der jeweils gültigen Fassung)

### II. Weitere Vertragsbedingungen

Der Bieter erklärt mit Abgabe seines Angebots seine Bereitschaft zum Abschluss der als **Anlage 2** beigefügten Rahmenvereinbarung. Er erkennt die sich aus der Rahmenvereinbarung ergebenden Verpflichtungen einschließlich Datenschutzbestimmungen sowie die Verpflichtungserklärung zur Wahrung der Vertraulichkeit (**Anhänge 1 und 2 zu Anlage 2**) uneingeschränkt an.

## **D Anlagenverzeichnis**

Anlage 1	Leistungsbeschreibung
Anhang 1	Eigenerklärung Einsatz KI
Anlage 2	Rahmenvereinbarung
Anhang 1	Datenschutzbestimmungen
Anhang 2	Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Datengeheimnisses
Anlage 3-1	Liste über von Unterauftragnehmern zu erbringende Teilleistungen
Anlage 3-2	Verzeichnis der Unterauftragnehmer
Anlage 3-3	Verpflichtungserklärung des benannten Unterauftragnehmers gegenüber dem Bieter
Anlage 3-4	Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bei Eignungsleihe und/oder Unterauftragnehmern
Anlage 4	Erklärung Bietergemeinschaft
Anlage 5	Angaben zum Unternehmen
Anlage 6-1	Angebotsblatt Los 1
Anlage 6-2	Angebotsblatt Los 2
Anlage 6-3	Angebotsblatt Los 3
Anlage 6-4	Angebotsblatt Los 4
Anlage 6-5	Angebotsblatt Los 5
Anlage 7-1	Bewertungsmatrix – Los 1
Anlage 7-2	Bewertungsmatrix – Los 2
Anlage 7-3	Bewertungsmatrix – Los 3
Anlage 7-4	Bewertungsmatrix – Los 4
Anlage 7-5	Bewertungsmatrix – Los 5
Anlage 8	Eigenerklärung Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
Anlage 9	Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen
Anlage 10-1	Darstellung des Gesamtumsatzes
Anlage 10-2	Darstellung des Gesamtumsatzes im Bereich „Auswahl und Einsatz von freien Mitarbeitern mit spezifischen Kompetenzen bzw. Qualifikationen“
Anlage 11-1	Referenzprojekte der letzten 3 Jahre – Los 1

Anlage 11-2	Referenzprojekte der letzten 3 Jahre – Los 2
Anlage 11-3	Referenzprojekte der letzten 3 Jahre – Los 3
Anlage 11-4	Referenzprojekte der letzten 3 Jahre – Los 4
Anlage 11-5	Referenzprojekte der letzten 3 Jahre – Los 5